

Vorfahrt für Frauen

Sachsen hat bei der Gleichstellung noch immer großen Nachholbedarf. Wir wollen mit verbindlichen Zielstellungen mehr Frauen in wissenschaftliche Führungspositionen bringen. Auf jeder Ebene soll mindestens der Frauenanteil der jeweils darunter liegenden Qualifikationsstufe erreicht werden, um langfristig jede zweite neue Professur an sächsischen Hochschulen weiblich besetzen zu können. Gleichstellung ist eine Daueraufgabe, der sich Politik und Hochschulen ständig neu stellen müssen.



Nachhaltig Forschen

Neugier braucht Verantwortung. Die Forschungsprofile der Hochschulen sollen dem Leitbild einer nachhaltigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung folgen. Dabei sollen sowohl überregionale wissenschaftliche Vernetzungen verstärkt als auch regionale Kooperationen mit Partnern außerhalb der Hochschulen intensiviert werden. Außerdem wollen wir es den Hochschulen gesetzlich ermöglichen, sich zu friedlicher Forschung zu bekennen.

Lehramtsausbildung auf den Stand der Zeit bringen

Noch immer hält Sachsen beim Lehramt an Staatsexamensstudiengängen mit unterschiedlichen Ausbildungszeiten für die verschiedenen Schularten fest. Das ist fachlich nicht gerechtfertigt und führt zu ungleicher Vergütung der Lehrer der verschiedenen Schulformen. In der Folge fehlen in Sachsen Grundschul- und Oberschullehrer. Wir wollen die gesetzliche Grundlage für eine moderne schulstufenbezogene Lehramtsausbildung schaffen, mit gleichen Regelstudienzeiten, höheren Anteilen an bildungswissenschaftlichen Elementen und inklusiver Pädagogik, viel mehr Praxiselementen sowie größerer Flexibilität des Studiums. Außerdem sollen systematische Masterstudiengänge für Seiteneinsteiger aus anderen Berufszweigen geschaffen werden. Die Qualität und Rahmenbedingungen der Lehramtsausbildung wollen wir regelmäßig überprüfen.

Parlamentarische Initiativen:

- Antrag „Freie BAföG-Mittel in Schulen und Hochschulen investieren“ (Drs 6/217 unter <http://gruenlink.de/1b2s>)
- Antrag „Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses nachhaltig verbessern“ (Drs 6/1873 unter <http://gruenlink.de/1b2p>)
- Antrag „Evaluierung der Lehramtsausbildung unverzüglich durchführen“ (Drs 6/4604 unter <http://gruenlink.de/1b2t>)
- Antrag „Umfassendes Fächermonitoring als Grundlage für Hochschulentwicklungsplanung einführen“ (Drs 6/3648 unter <http://gruenlink.de/1b2u>)
- Eckpunkte für ein GRÜNES Hochschulgesetz“ (unter <http://gruenlink.de/178c>)



Zukunft gestalten statt Mangel verwalten

Grüne Ideen für die sächsischen Hochschulen



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dr. Claudia Maicher
hochschulpolitische Sprecherin
Ausschuss für Wissenschaft und
Hochschule, Kultur und Medien
E-Mail: claudia.maicher@slt.sachsen.de



Parlamentarische Beratung
Michael Moschke
Telefon: 0351 / 493 48 35
E-Mail: michael.moschke@slt.sachsen.de

www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/hochschule

Diese Publikation dient der Information und darf nicht zur Wahlwerbung eingesetzt werden.

V.i.S.d.P.: Andreas Jähnel-Bastet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden; Fotos: istockphoto.com/kentarus, Archiv Cartell; gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Stand: November 2016



Zukunft gestalten statt Mangel verwalten

Grüne Ideen für die
sächsischen Hochschulen

Liebe Leserin, lieber Leser,
die sächsischen Hochschulen sind ein Aushängeschild für den Freistaat. Sie sorgen dafür, dass auch in Zukunft hoch qualifizierte Menschen das Land voranbringen. Ihre Innovationen in Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel zur Lösung der gesellschaftlichen, technischen, ökologischen oder medizinischen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit. Damit sind sie ein Garant für Fortschritt und Zukunft in Sachsen. Und doch mussten sie über Jahre hinweg mit einer Sparrunde nach der anderen fertig werden. Zur Begründung wurden Prognosen herangezogen, die drastisch absinkende Studierendenzahlen vorhersagten. Die Realität sieht völlig anders aus. Fast 113.000 junge Menschen studieren derzeit in Sachsen – so viele, wie noch nie zuvor. Das ist eine sehr gute Nachricht. Dennoch hat die Staatsregierung darauf bestanden, bis 2017 300 Stellen an den Hochschulen zu streichen. Lediglich einige befristete Stellen sollen kurzfristig helfen, mit dem Ansturm von Studierenden fertig zu werden.

Auch bei der Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer leisten die Hochschulen Erstaunliches. Allerdings können auch sie nur schwer korrigieren, was viel zu lange auf die lange Bank geschoben wurde. Der Ausbau der Kapazitäten in der Lehramtsausbildung wurde erst fünf nach zwölf in die Wege geleitet. Und noch immer sind die Grundlagen der Ausbildung nicht mehr zeitgemäß.

Das Hochschulgesetz von 2012 sollte den Hochschulen angeblich mehr Freiheit geben – bewirkt wurde das Gegenteil. Gleichzeitig wird den Studierenden mit Langzeitstudiengebühren gedroht. Die Studierendenvertretungen werden geschwächt. Die Modernisierung des Hochschulgesetzes ist überfällig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag will die Hochschulen auf eine solide finanzielle Basis stellen und durch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der Ministerien und Hochschulen für ein modernes, flexibles Hochschulsystem in Sachsen sorgen. In Zeiten eines stetig wachsenden Fachkräftebedarfes darf Studieren keine Frage der sozialen Herkunft oder des elterlichen Geldbeutels sein.

Keine weiteren Kürzungen an Sachsens Hochschulen

Die Ausgaben des Freistaates pro Studierenden liegen weit hinter den Hochschulausgaben der Spitzenbundesländer. Wichtige Voraussetzungen für gute Lehre, wie Ausstattung, Qualitätssicherung und gute Arbeitsbedingungen, sind aber nicht zum Nulltarif zu bekommen. Hinzu kommt, dass die Hochschulen in den vergangenen Jahren einen dramatischen Personalabbau verkraften mussten. Da gleichzeitig die Anzahl der Studierenden gestiegen ist, hat sich die Betreuungssituation deutlich verschlechtert. Diese Negativentwicklung wollen wir dringend korrigieren.



Solide Personal- und Finanzressourcen und gute Arbeitsbedingungen

Damit die Hochschulen leistungsfähig bleiben, muss ihre Personal- und Finanzausstattung verbessert werden. Die laufende Grundfinanzierung je Studierenden wollen wir deutlich anheben. Durch die Übernahme der Kosten für das BAföG durch den Bund, spart Sachsen 56 Mio. Euro pro Jahr. Dieses Geld wollen wir in die Grundfinanzierung der Hochschulen sowie für Daueraufgaben investieren und haben das auch gleich zu Beginn der Wahlperiode im Landtag gefordert. Denn so kann auch die Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert werden, die heute oft befristet beschäftigt werden, und sich von Kettenvertrag zu Kettenvertrag hangeln müssen. Für die Lehrbeauftragten, die auf eigene Rechnung an den Hochschulen die Lehre unterstützen, wird es so auch möglich sein, für diese Arbeit ein Honorar zu erhalten, das der Bedeutung ihrer Arbeit gerecht wird.

Attraktiv für Studierende werden

Sachsens Hochschulen müssen noch attraktiver für Studierende werden. Das Hochschulgesetz ist hier wenig hilfreich. Die Abschaffung eines Freiversuches bei Prüfungen und die gleichzeitige Einführung von Langzeit-Studiengebühren haben neue Hürden für den Beginn und erfolgreichen Abschluss eines Studiums aufgebaut. Die neu eingeführten Studiengebühren für ausländische Studierende sind sozial ungerecht und behindern Internationalität und Vielfalt. Wir setzen uns hingegen für ein gebührenfreies Studium ein, das auch in Teilzeit absolviert werden kann. Die Akkreditierung von Studiengängen soll verpflichtend werden. Die Ergebnisse von Studierendenbefragungen sollen an den Hochschulen auch veröffentlicht werden. Dadurch sollen die Studienqualität gesichert werden und die Abbrecherzahlen sinken. Der Zugang zum Master muss für alle Bachelor-Absolventen möglich sein. Die Qualität in der Lehre soll z. B. durch eine Stärkung der Hochschuldidaktik deutlich verbessert werden. Eine starke Interessenvertretung der Studierenden ist ein wichtiger Grundpfeiler guter Studienbedingungen. Die verfasste Studierendenschaft ist daher ohne Alternative.

Die Hochschulen als gleichberechtigte Partner

Wissenschaft braucht Freiheit und Kreativität. Deshalb müssen sich Staat und Hochschulen als gleichberechtigte Partner in gesonderten Vereinbarungen auf Ziele und finanzielle Unterstützungen einigen können. Gegen den Willen der Hochschulen durchgesetzte Zielforderungen von Seiten des Ministeriums darf es nicht geben. Die Strategie der Staatsregierung, nur die Hochschulen von einem weiteren Stellenabbau auszunehmen, die einem neuen Hochschulentwicklungsplan zustimmen, lehnen wir grundsätzlich ab. Hochschulentwicklung, die wirken soll, geht nur im partnerschaftlichen Dialog. Erpressungen sind der falsche Weg.

Artenschutz für kleine Fächer

Hochschulautonomie ist wichtig, sie darf aber nicht kleine Fächer gefährden. Deshalb wollen wir, dass über ein gemeinsames Monitoring ein Verfahren zur landesweit abgestimmten Entwicklung der Fächerstruktur entwickelt wird.

